

Bauernbund: Die zehn größten Errungenschaften 2021

Strasser zieht Bilanz: Zahlreiche Bauernbund-Forderungen umgesetzt



Pixabay

2021 war aufgrund der Corona-Pandemie ein herausforderndes Jahr für die Land- und Forstwirtschaft. Trotz allem wurden 2021 zahlreiche politische Forderungen des Bauernbundes realisiert. „Mit der ökosozialen Steuerreform, der Umsetzung der EU-Richtlinie gegen unfaire Geschäftspraktiken, der Weiterentwicklung des AMA-Gütesiegels und der politischen Einigung auf die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2023 konnten wir große Projekte aus dem Regierungsprogramm im Sinne der Bäuerinnen und Bauern umsetzen.“

Mit Demut und Dankbarkeit blicken wir auf die politische Erfolgsbilanz 2021 zurück“, so Bauernbund-Präsident Abg.z.NR DI Georg Strasser und Direktor Mag. Norbert Totschnig.

Die zehn größten Errungenschaften 2021

1. Einigung auf die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2023

Ende 2021 wurde zeitgerecht der nationale GAP-Strategieplan finalisiert. Die Mehrleistungen der Bäuerinnen und Bauern für die Gesellschaft im Bereich Umwelt und Tierschutz werden ab 2023 über bewährte Programme und Anreizsysteme weiterhin abgegolten.

2. Ökosoziale Steuerreform

Anfang Oktober beschloss die Bundesregierung die größte Steuerentlastung der zweiten Republik. Die CO₂-Steuerrückvergütung für die Landwirtschaft, die Förderung energieautarker Bauernhöfe, die Erhöhung des Kindermehrbetrags und die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge werden ab Juli 2022 die Bauernfamilien entlasten.

3. Coronahilfen für die Land- und Forstwirtschaft

Mit dem Härtefallfonds, dem Ausfallsbonus, der COVID-Investitionsprämie und dem Verlustersatz hat die Bundesregierung für die Land- und Forstwirtschaft umfassende Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen umgesetzt.

4. Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG)

Das im Juli im Nationalrat beschlossene EAG bringt unter anderem wichtige Errungenschaften für die Biomasse-Branche, erleichtert die Gründung von Energiegemeinschaften und ermöglicht den weiteren Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf Dachflächen.

5. Gesetz gegen unfaire Geschäftspraktiken

Mit der nationalen Umsetzung der UTP-Richtlinie werden ab 2022 Österreichs Bäuerinnen und Bauern mit einem Gesetz vor unfairen Geschäftspraktiken geschützt.

6. Nationaler Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (NaBe)

Mit dem NaBe-Plan geht die Bundesregierung mit dem Ziel einer 100-prozentigen regionalen Lebensmittelbeschaffung in den Bundeskantinen mit gutem Beispiel voran.

7. Pensionserhöhung für bäuerliche Versicherte

Ab 2022 werden die Bruttopensionen bis 1.000 Euro um drei Prozent erhöht. Für Pensionen von 1.000 bis 1.300 Euro kommt eine Einschleifregelung und für alle Pensionen ab 1.300 Euro gilt die Inflationsanpassung von 1,8 Prozent. Für die bäuerlichen Versicherten gibt es damit bis zu 50 Mio. Euro mehr.

8. Schulterschluss für mehr Tierwohl

Gemeinsam mit den agrarischen Branchenvertretern konnte im Dezember 2021 eine nachhaltige Lösung für mehr Tierwohl – mit Hausverstand und Augenmaß – erzielt werden. Zentrale Punkte sind unter anderem das Verbot von Vollspaltenböden bei Schweinen für Um- und Neubauten ab 2023, das Aus des Küken-Schredderns und die Reduktion von Kälbertransporten.

9. Weiterentwicklung AMA-Gütesiegel

2021 wurde der Grundstein für die Weiterentwicklung des AMA-Gütesiegels gelegt. Höhere Standards, begleitet von absatzfördernden Maßnahmen, sollen das staatliche Gütesiegel weiter verbessern und besonders den Schweinebauern mehr Perspektiven ermöglichen.

10. Waldfonds

Mit 2021 erfolgte die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Waldfonds. Das Zukunftspaket für unsere Wälder enthält insgesamt 350 Millionen Euro.

Darüber hinaus erzielte der Bauernbund sehr gute Ergebnisse bei den Landwirtschaftskammer-Wahlen 2021. In Oberösterreich, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Kärnten wurde bestätigt: Der Bauernbund ist und bleibt die stärkste Interessensvertretung für die Bäuerinnen und Bauern.

„Trotz dieser Errungenschaften gilt es auch 2022 weiterhin für das Wohl unserer Bauernfamilien zu kämpfen, Einkommen zu sichern und die Märkte aktiv zu gestalten. Die Klimakrise, die Forderung nach mehr Tierwohl und die Corona-Pandemie werden die Land- und Forstwirtschaft verändern. Gleichzeitig sind wir mit massiv steigenden Betriebskosten konfrontiert. Darüber hinaus bringt die EU mit dem Green-Deal zahlreiche Reformprojekte auf den Weg. Deshalb wird der Bauernbund weiter im Sinne unserer Bauernfamilien und für bessere Vermarktungsbedingungen kämpfen“, so Bauernbund Direktor Mag. Norbert Totschnig abschließend.

Besuchen Sie uns auf: [fleischundco.at](https://www.fleischundco.at)